

An die
Presse

Neuss, den 13.03.2012

Haushaltsrede zum Kreishaushalt 2012

Sehr geehrter Herr Landrat,

meine Damen und Herren,

heute sollen wir den Haushaltsetat 2012 beschließen.

Zunächst möchte ich mich bei Herrn Landrat Petrauschke und Herrn Kreiskämmerer Graul für die aktive Unterstützung anlässlich unserer Haushaltsberatung bedanken.

Der Haushalt für das Jahr 2012 ist noch schwieriger zu gestalten als in den Vorjahren, da ein geplanter Griff in die Ausgleichsrücklage gemäß dem sogenannten Remscheider Urteil nicht mehr erlaubt ist.

Das heißt im Klartext, es bricht eine fiktive Geldquelle in Höhe von 12,5 Mio. Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2011 weg.

Die Landschaftsumlage steigt um über 9 Mio. Euro und die Schlüsselzuweisungen gehen um mehr als 50% zurück. Das entspricht ca. 12,9 Mio. Euro.

Das sind auf den ersten Blick sehr schlechte Vorgaben für das Haushaltsjahr 2012 und auf den zweiten Blick werden diese leider auch nicht besser.

- 2 -

Da waren wir schon überrascht, dass im Finanzausschuss im Eilschritt der neue Haushalt beraten wurde.

Unsere Fraktion hat sich in der Haushaltsberatung intensiv mit dem Haushalt beschäftigt und 9 Anträge erstellt.

Da unsere Fraktionsmitglieder wirtschaftlich denken und viele in der freien Wirtschaft arbeiten, haben wir schnell erkannt, dass bei diesen Vorgaben **Sparen** angesagt ist.

Daher beschäftigten sich unsere Anträge natürlich auch hauptsächlich mit dem Thema Sparen.

Wir sind der Auffassung, die Verwaltung und die Fraktionen sollten mit bestem Beispiel vorangehen.

Daher haben wir unter anderem beantragt, dass die Fraktionen auf 5% ihrer Fraktionszuweisungen verzichten und die Verwaltung 5 Jahre lang je 1% bei den Personalkosten einspart.

Dieses Prinzip kennt man aus der freien Wirtschaft. Wenn eine Firma in die roten Zahlen rutscht, muss auch bei den Personalkosten gespart werden.

In Korschenbroich wurden zum Beispiel die Fraktionszuwendungen und in Neuss die Personalkosten gesenkt!!

Als unsere Fraktion diese Anträge in den Finanzausschuss einbrachte, wurden diese - wie alle anderen Sparvorschläge - einstimmig von den anderen Fraktionen abgelehnt. Auch die Verwaltung zeigt sich nicht erfreut über unsere Sparvorschläge.

- 3 -

Im Finanzausschuss wurde mir von einem Abgeordneten an den Kopf geworfen, wenn Sie zu viel Geld haben können sie dieses ja zurückgeben.

Bei einer derartigen Antwort machen sich die Mitglieder der Wählergemeinschaften natürlich ihre Gedanken.

Aus unserer Sicht möchten die Kreisverwaltung und die anderen Kreisfraktionen bei sich selbst nicht sparen!!!

Das ist in unseren Augen ein Skandal!! Frei nach dem Motto „**Nehmt von dem Bürger und lasst uns in Ruhe**“.

Aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Vielleicht besinnen sich heute noch einige und stimmen doch noch unseren Anträgen zu.

Aber nun zurück zur Realität!

In diesem Haushalt schlummert ein hohes Risiko in Höhe von circa 5 Millionen Euro. Die Verwaltung nimmt die guten Arbeitsmarktzahlen zum Anlass, um im sozialen Bereich von einer Minderausgabe in Höhe von ca. 4 Millionen Euro auszugehen.

Die UWG/Die Aktive ist der Meinung, wie auch viele Fachleute, dass sich die guten Arbeitsmarktzahlen bei den Langzeitarbeitslosen nicht auswirken werden, und so die Bedarfsgemeinschaften nicht sinken werden.

Für uns ist diese Risikoplanung ein heimlich geplanter Griff in die Ausgleichsrücklage. Dieses Vorgehen ist für uns unverantwortlich. Der Rhein-Kreis Neuss kann als Umlageverband die Ausgleichsrücklage nicht mehr auffüllen, da er keine Überschüsse erwirtschaften darf.

Das heißt einmal Pleite immer Pleite!

Im Gegensatz zu den Umlageverbänden finanzieren sich die Kommunen auch aus Steuereinnahmen. Deshalb können die Kommunen die Ausgleichsrücklage auch wieder auffüllen, da sie Überschüsse erzielen dürfen.

Die radikalste Lösung für dieses Problem wäre die Abschaffung der Kreisumlage, wie zum Beispiel bereits im Bergischen Land vorgeschlagen.

Es gilt die elementaren Konstruktionsfehler in der Finanzierung der Kreise zu beseitigen und damit auch auf Kreisebene die Aufgaben und Finanzierungsverantwortung zusammenzuführen.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Kreisumlage vollständig abgeschafft wird und als Ersatz für die verlorenen Mittel folgendes Modell denkbar ist:

Die Städte und Gemeinden werden verpflichtet, ihre Entlastungen aus der Abschaffung der Kreisumlage vollständig zur Reduzierung ihrer Realsteuerhebesätze zu nutzen, und zwar so, dass die drei Realsteuern (Grundsteuer A/B, Gewerbesteuer) zu ihrem jeweiligen Aufkommen gleichgewichtig gesenkt werden.

Der Kreis gleicht seine Verluste aus der Abschaffung der Kreisumlage in einem von ihm bestimmten Umfang aus, indem er Zuschläge zu den Realsteuerhebesätzen seiner Städte und Gemeinden erhebt. Diese Zuschläge werden in Hebesätzen und für das gesamte Kreisgebiet einheitlich festgesetzt.

Neben dem erstmals direkten Zugriff auf die örtlichen Steuerzahler und dem daraus resultierenden Effekt der Selbstdisziplinierung bietet dieses Modell die Gewähr, dass sich der Kreis mit seinen Städten und Gemeinden nunmehr in einer Schicksalsgemeinschaft sieht, da er genauso elementar und unmittelbar von der örtlichen Wirtschafts- und Steuerentwicklung abhängig wird wie seine Kommunen.

Über dieses Modell sollte ernsthaft nachgedacht werden!

Nun zur Interkommunalen Zusammenarbeit

Es wird immer ausgiebig über die interkommunale Zusammenarbeit im Rhein-Kreis Neuss gesprochen. Aber bis heute wurde leider viel zu wenig erreicht.

Die Kreisverwaltung und auch die Kommunen sollten alle Möglichkeiten ausloten, um alle vorhandenen Synergie-Effekte zu nutzen.

Beispielhaft sei hier die Koordinierung von Schulungen, Beschaffungen und Instandhaltungen genannt. Denkbar wäre ebenfalls eine gemeinsame Verwaltung im Bereich der Stadt- und Kreiskassen.

Die UWG/Die Aktive wird daher eine Arbeitsgruppe **Interkommunale Zusammenarbeit** unter Einbindung der Politik in den kreisangehörigen Kommunen beantragen.

Metropolregion

Für die UWG/Die Aktive ist in erster Linie das wichtigste Ziel, der Zusammenschluss und der Ausbau der Metropolregion Rhein-Ruhr, damit wir im europäischen Raum von der Größe der Region her auch eine Rolle spielen.

Es gilt aber zu beachten, dass das Ruhrgebiet und das Rheinland sehr unterschiedlich strukturiert sind.

Im Vordergrund sollten die wirtschaftliche Stärke, die leistungsfähige Infrastruktur sowie die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsebenen stehen.

Das Rheinland sollte aber auch mit seinen 6,7 Millionen Bürgern und einem verfügbaren Einkommen von über 135 Milliarden Euro einzeln betrachtet und nicht unterschätzt werden.

Kultur

Im Bereich Kultur muss gerade bei knapper Kassenlage die Frage gestellt werden, ob wir uns die jetzigen zahlreichen Angebote noch leisten können.

Das Mundartarchiv Ludwig Soumagne und das Kulturzentrum Sinsteden verursachen zusammen in diesem Jahr voraussichtlich ein Defizit in Höhe von über 680 Tausend Euro.

Wir fordern eine Überprüfung, ob diese Defizitprojekte möglicherweise in andere Einrichtungen eingegliedert werden können.

Bei der Musikschule beläuft sich das Defizit dauerhaft jährlich auf über 1 Mio. Euro. Wir fordern nochmals die Prüfung der Zusammenlegung der Verwaltung der Kreismusikschule mit den städtischen Musikschulen sowie einen höheren Einsatz von Honorarkräften bei gleichzeitigem Abbau von eigenem Personal.

Bildungs- und Teilhabepaket

Bei dem Bildungs- und Teilhabepaket werden momentan nur 5% für die Lernförderung eingesetzt. Das ist in unseren Augen eine Bankrotterklärung des Projektes. Dieser Zustand muss schnellstens verbessert werden.

Inklusion

Das Thema Inklusion wird nach Ansicht der Fraktion UWG/Die Aktive völlig unterschätzt.

Für den Fall, dass die Inklusion zielstrebig umgesetzt wird, wird auf den Rhein-Kreis Neuss eine Kostenexplosion zukommen.

Wir wünschen uns, dass die Eltern auch in Zukunft die Wahl zwischen Förder- und Regelschule haben.

Sozialverbände

Wir fordern erneut eine Auflistung der Zuschüsse die Jahr für Jahr an die einzelnen Sozialverbände gezahlt werden.

Die Verbände sollen darlegen, welche Kurse, Beratungsprojekte, usw. sie anbieten.

Des Weiteren muss die Auslastung bzw. eine wirtschaftliche Berechnung offen gelegt werden.

Wir möchten verhindern, dass Mehrfachangebote und nicht erforderliche Angebote vom Kreis bezuschusst werden.

Jüngstes Beispiel ist die Wohnberatung des Caritasverbandes:

1 Vollzeitkraft und 2 Halbzzeitkräfte schaffen es zwei Wohnungen pro Woche zu besichtigen. So geht das nicht, das ist Verschwendung von Steuergeldern.

Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel

Des Weiteren fordern wir die sofortige Anpassung des Mietspiegels an die Angebotsmieten vor Ort.

In Neuss können zum Beispiel die betroffenen Menschen teilweise keine Sozialwohnungen für diese Dumpingmieten bekommen.

Das ist in unseren Augen menschenunwürdig!!

Es gibt viele Menschen die ein Leben lang gearbeitet haben und die schuldlos in die Situation des Hartz IV Empfängers gerutscht sind.

Jobcenter

Bei dem Servicecenter - besser bekannt als Hotline des Arbeitsamtes - mussten wir leider feststellen, dass wie von uns befürchtet, die Erreichbarkeit und die Beantwortung der Fragen deutlich hinter den Erwartungen blieb.

Die Fraktion UWG/Die Aktive fordert nochmals die Überarbeitung des Systems. Das Beste wäre die sofortige Erreichbarkeit des Sachbearbeiters. Leider werden wir wohl nicht mehr in den Genuss des besten Services kommen.

Daher wäre es für unsere Fraktion wünschenswert, dass die nicht beantworteten Fragen direkt an den Sachbearbeiter durchgestellt werden bzw. das Servicecenter am Jobcenter vor Ort angeschlossen ist.

Wir sprechen uns hiermit nochmals ausdrücklich gegen die geplante Zentralisierung der Jobcenter aus.

Grundwasser-Wiederanstieg und Entschlammung des Nordkanals

Im Bereich Grundwasser-Wiederanstieg und Entschlammung Nordkanal müssen trotz der klammen Kassen weiterhin Rückstellungen für Maßnahmen gebildet werden. Die jetzt getroffenen Maßnahmen bieten bestenfalls 900 betroffenen Immobilien einen gewissen Schutz. Aber auch für die anderen 3759 Immobilien, das sind immerhin ca. 12.000 Menschen, muss eine Perspektive geschaffen werden.

Auch die Entschlammung des Nordkanals wird in den nächsten Jahren Thema sein, allerdings scheint nur noch die UWG/Die Aktive an beiden Problemen interessiert zu sein.

Sehr geehrter Herr Landrat,

der vorgelegte Haushalt erfüllt nicht unsere Ansprüche.
Er lässt keine klaren Ziele erkennen und hat keinen Mut Neues auszuprobieren.

Der Rhein-Kreis Neuss tritt auf der Stelle und wartet auf ein Wunder, das nicht kommen wird.

Dieser Haushalt bedeutet Stillstand.

Wir lehnen daher diesen Haushalt begründet ab.

Carsten Thiel
Fraktionsvorsitzender